WA-06-063

# Bäuerlichen Betrieben eine Zukunft geben – Grund und Boden breit streuen – Eigentum als soziale Verantwortung verstehen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | Bundesvorstand |
| Beschlussdatum: | 15.10.2018 |

## Änderungsantrag zu WA-06

**Von Zeile 62 bis 65:**
werden. Dabei sind der niedersächsische und der Sachsen-Anhalter Gesetzentwurf eine gute Grundlage. Diese Gesetze sollten den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen ~~über einen Prioritätenkatalog definieren~~an ökologisch-soziale Kriterien knüpfen. Dabei könnten beispielsweise ortsansässige bäuerliche Betriebe, die eigenverantwortlich den Hof führen, bevorzugt werden gegenüber

## Begründung

Der Antrag ist in der Sache gut und wichtig und gerade vor dem Hintergrund der Landtagswahlen im nächsten Jahr besonders relevant.

Zum Ansteigen der Pachtpreise: Dies ist auch auf die EU-Direktzahlungen zurückzuführen. Das fehlt bislang im Text. Auch deswegen sind Direktzahlungen für Flächenbesitz kein Zukunftsmodell.

Zum Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen: Vorrang sollten nicht nur bäuerliche, sondern explizit auch ökologisch wirtschaftende Betriebe haben. Schließlich wollen wir deren Zahl vergrößern.